

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 24

Artikel: Aethiopien sendet "Signale"
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stützen, das wiederum in verbrecherischer Weise versucht, die Nomaden zwangsweise sesshaft zu machen. Eine Kleinigkeit wird dabei übersehen: Von Kasachstan und Ostt Tibet bis zur zitierten Sahara haben die Regierungen (und schon gar die sozialistischen) überall versucht, die Nomaden sesshaft zu machen, und noch mit ganz anderer «Nachhilfe». Nun, unter Anwendung der vorgelegten Missionslogik lässt sich sicher eine amerikanische Firma finden, die Wodka exportiert, und dann ist der Beweis erbracht, dass die Amerikaner versuchen, den Willen der Völker mit Wodka zu untergraben. Es lebe die selektive Symptomanalyse.

Doch das sind noch blasse Niedlichkeiten. Imfeld beschuldigt die Amerikaner überhaupt, die «Eigenversorgungsbasis» der Drittweltländer absichtlich zu vernichten. Nicht nur tun die Amerikaner das nicht: die meisten ihrer entwicklungspolitischen Anstrengungen waren und sind gezielt darauf angelegt, das genaue Gegenteil zu erreichen: die einheimische Versorgungsbasis der jeweiligen Bevölkerung zu festigen, neue Getreidesorten zur Deckung des Eigenbedarfs einzuführen usw.

Die Friedensschrift der Missionskonferenz

macht auch Inlandmission. Und wir wollen auch dazu ein paar Anmerkungen machen.

Inlandmission

Hans-Balz Peter führt einige stolze Zahlen über die Wirtschaftspolitik der Schweiz an. Das arme Gebirgsland ohne natürliche Ressourcen hat es immerhin geschafft, seiner Bevölkerung einen hohen Lebensstandard zu sichern. Keine Petrodollars, kein Goldvorkommen: nur Arbeiterlöhne. Dank gut durchdachten Dienstleistungen wie Bankgeschäfte und Versicherungen sind die naturbedingten Nachteile zugunsten der werktätigen Massen kompensiert worden. (Als Papierliedschwizler aus einem sozialistischen Land vermag ich diese Systemleistung zu würdigen, in die andere einfach hineingeboren worden sind.)

Hans-Balz Peter sieht in diesem Gelingen nicht nur eine Schande, sondern das strukturell Böse schlechthin, dessen wir uns zugunsten der armen Länder dieser Welt entledigen sollten. Genauso gut könnte sich Peter seiner Hochschulkenntnisse zugunsten der Analphabeten entledigen wollen. Oder hat er es am Ende schon getan?

Im Ernst: Wenn wir die (wirkliche) Entwicklungshilfe vermehren wollen, dann haben wir weit eher darauf bedacht zu sein, unserer Bevölkerung klar zu machen, dass das *nicht* auf Kosten des erfolgreichen Entwicklungsmodells geht, welches die Schweiz (ohne mein Dazutun; darum darf ich es sagen) selber darstellt. Im übrigen *kann* unsere europäische Entwicklungshilfe für die Lösung der Entwicklungsprobleme heute schon gar nicht massgeblich sein, weil die koloniale Ära für uns (und *nur* für uns; für die Sowjetunion ist sie da und noch im Kommen) vorbei ist. Der Schlüssel liegt heute bei den betreffenden Ländern selbst, soweit sie noch nicht in den kolonialen Zustand der sozialistischen Souveränität überführt sind.

Die Schrift enthält viele Beiträge und Abdrucke, die — um es nett zu sagen — tendenziös sind. Mit einem kleinen Teil davon habe ich mich auseinandergesetzt. Der Vollständigkeit halber will ich zwei Ausnahmen nennen, die Beiträge von Beat Kappeler und Eugen Fehr, die ihre guten Sachkenntnisse in ausgewogener Form zu präsentieren wissen. Aber zwei Schwalben machen keinen Frühling, und zwei kirchliche Herausgeber keinen Frieden. ■

Aethiopien sendet «Signale»

Seit einigen Monaten sucht Aethiopien westliche Wirtschaftshilfe zu erhalten. Das suchen auch andere sowjetisch beherrschte Länder der Dritten Welt. Es gibt im Westen immer Spezialisten, die solche Oeffnungen als «Signale» zu verstehen belieben, dass die betreffenden Regimes ihre Bande zu Moskau lockern wollen. Aber das ist ein Fehlschluss.

Denn meistens sind die «Signale» wohlberechnet und mit der Protektorsmacht, die sich materiell entlasten will, genau abgesprochen. Aus Südjemen liegt ein Angebot vor, dem die interessierten westlichen Handelskreise nur schwer werden widerstehen können: ein Versprechen auf Wiedereröffnung des alten Freihafens von Aden. Aus Aethiopien vernimmt man (gezielte) Andeutungen darüber, das Land sei vom Niveau der sowjetischen Wirtschaftsleistungen enttäuscht; westliche Kreditgeber sollen so animiert werden, das Regime in seinen vorgeblichen Emanzipationsbemühungen zu unterstützen.

Nun stimmt es, dass die Sowjetunion nicht in der Lage ist, Wirtschaftshilfe von grösserem Ausmass zu geben. Aber sie ist daran auch nicht interessiert; lieber soll der Westen zahlen. Wer befiehlt, der lässt sich zahlen.

Die Führer der sowjetabhängigen Entwicklungsländer ihrerseits haben durchaus ein eigenes und vitales Interesse daran, in der sowjetischen Abhängigkeit zu verbleiben, denn dieser verdanken sie ihre eigene Macht und ihren Schutz vor der

Bevölkerung. Das ist für sie vorrangig. Für ihr mindestens politisches Ueberleben kommt es darauf an, dass sie ihre Satellitenrolle zur Zufriedenheit des Regisseurs spielen.

Indessen führt die zunehmende Verelendung der Bevölkerung auch zu Spannungen und Unruhen (in Aethiopien gibt es in etlichen Regionen eine Aufstandsbewegung, die man mit blutigen Aktionen und mit Aushungern niederhält), vor denen sich die Machthaber ebenfalls zu fürchten haben. Und da ist der Appell an die Hilfsbereitschaft des Westens ein logischer Ausweg, und es kommt zu «Oeffnungen», wie man sie immer wieder gehabt hat. Sie brauchen deswegen noch lange nicht gegen die Sowjetunion gerichtet zu sein.

Der Westen handelt weder in seinem Interesse noch im Interesse der äthiopischen Bevölkerung, wenn er mit Wirtschaftshilfe das Henkerregime von Menghistu stützt und die sowjetische Protektorsmacht entlastet, damit sie sich weiterhin auf den militärischen und polizeilichen Sektor ihrer Hilfe konzentrieren kann.

Und hier ist übrigens ein kleines Beispiel dafür, wie Aethiopien das Vertrauen europäischer Geldgeber lohnt. In Addis Abeba hat man den Sitz der Aethiopischen Evangelischen Kirche (das ist die grösste protestantische Gemeinschaft des Landes) gewaltsam aufgehoben. Diese Kirche war auch ein Kanal, über den eine beträcht-

liche caritative Hilfe, von evangelischen Kreisen in Deutschland und Skandinavien erbracht, in das Land gelangte.

Die Beschlagnahme des Büros erfolgte, ohne dass auch nur der Anschein eines gesetzlichen Verhaltens bestanden hätte. Kein Ministerium und kein Amt hat sich auf Nachfrage für zuständig erklärt oder es auch bloss für nötig befunden, eine Aussage zum «Vorfall» zu machen. Er bestand darin, dass ein Beamter in Begleitung von fünf bewaffneten Männern das Büro betrat, die Räumlichkeiten beschlagnahmte und die Kirchenvertreter auf die Strasse warf.

Schweden gehört zu den westlichen Ländern, welche Aethiopien auch mit Regierungsgeldern unterstützen. Die Wirtschaftshilfe beläuft sich auf 20 Millionen Dollar jährlich. Stockholm hat gegen den geschilderten Uebergriff in Addis Abeba protestiert und will seine Hilfeleistungen allfälligerweise in Wiedererwägung ziehen, falls der Vorfall nicht geklärt wird. Sonst war der Protest lieb genug abgefasst; man vermied jede Anspielung darauf, dass die äthiopische Regierung eine gesetzwidrige Enteignung angeordnet haben könnte. Die Rücksichtnahme wurde gebührend belohnt: der Aussenminister (übrigens selber Absolvent einer evangelischen Schule) liess ausrichten, man werde der Angelegenheit nachgehen.

Aethiopien war früher ein vorwiegend christliches Land. Doch seit der kommunistischen Machtübernahme findet unter anderem auch eine Religionsverfolgung statt (siehe ZB, Nr. 20/1981). Allerdings hielt man damit in der Hauptstadt selbst doch etwas zurück, so dass es den westlichen Vertretern, die über die Verwendung von Spendengeldern entscheiden, bis jetzt erspart blieb, sie wahrnehmen zu müssen. Der «Vorfall» mit der Evangelischen Kirche hat jetzt immerhin einige nördliche Augen geöffnet. Das Regime in Addis Abeba rechnet damit, dass man sie schon wieder schliessen wird.

Ian Tickle